



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V.
Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen

Programmatische Eckpunkte

Demokratie verwirklichen!

Frieden schaffen!

Nazis, Militaristen und Rassisten stoppen!

Für einen starken Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten



NIE WIEDER!

Daher: Deutsche Großmachtträume platzen lassen!

Die Schuld für den ersten und zweiten Weltkrieg lag jedes Mal bei Deutschland. Wir sind aufgerufen, nie wieder derartige Jahrtausendverbrechen zuzulassen. Es gilt, eine breite Friedensbewegung und umfassende Antifaschistische Bewegung zu schaffen.

Unter dem Motto „Mehr Verantwortung übernehmen zu wollen“, proben die deutschen Eliten heute den dritten Anlauf, eine Großmacht zu werden. Die Stärkung unserer solidarischen und kämpferischen Gemeinschaft, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten soll dazu beitragen Deutsche Großmachtträume zerplatzen zu lassen.

Im Ergebnis von Krisen (unter anderem die sogenannte Weltwirtschaftskrise) erfolgte die Machtübergabe an nationalistische und faschistische Parteien in mehreren europäischen Ländern. Besonders schwerwiegend: 1933 erfolgt die Machtübertragung an die Nazis in Deutschland.

Diese Entwicklung führte erneut zu einem enormen Wettrüsten, das von Deutschland seinen Ausgang nahm. Imperialistische Eroberungspläne der deutschen Naziregierung führten zum Zweiten Weltkrieg. Millionen Menschen starben im Krieg und seinen Folgen oder wurden aus rassistischen und politischen Gründen vom deutschen Faschismus vernichtet und ermordet.

Bedingungslose demokratische Neuordnung

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ war daher die Losung der überlebenden Widerstandskämpfer*innen und Opfer des Faschismus, die sich mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ihre Kampforganisation schufen. Sie setzte sich für eine bedingungslose demokratische Neu-



Kirchenpräsident Martin Niemöller bei einer Kundgebung anlässlich des 15jährigen Bestehens der VVN, Frankfurt/Main, März 1962

Macht der Konzerne und Banken blieb erhalten

Mit dem Fall der Monarchien, der Revolution in Russland und dem Versailler Vertrag der Siegermächte mit Deutschland, wurde Europa nach dem Ersten Weltkrieg territorial neu geordnet. Die Macht der Wirtschaft, der Konzerne und Banken blieb bis heute erhalten und vergrößerte sich durch Konzentration, Zentralisation und Globalisierung enorm.

ordnung ein.

Der Faschismus war zwar militärisch besiegt, dessen Akteure wurden jedoch oft in den Staatsapparat reintegriert. Geheimdienste, Polizei, Justiz, die neu gegründete Bundeswehr und die Ministerien griffen dankbar auf sie zurück. Die Wirtschaft ohnehin.

Verbot linker Organisationen der 50er Jahre

Die eingebrennte Losung der Mitte und der Konservativen „Der Feind steht links“ fand seine Höhepunkte in den Verboten linker Organisationen der 50er Jahre.

Eine Aufarbeitung des „Kalten Krieges“ steht in Nordrhein-Westfalen genauso aus wie in der gesamten Republik.

Allerdings:

Ein Landesminister und ein späterer Bundespräsident aus Nordrhein-Westfalen verteidigten zum Beispiel als Juristen antifaschistische Landtagsabgeordnete, die im Gefängnis saßen. Welche Nordrhein-Westfalen-Geschichte erzählt heute diese Fakten?

Mit der Forderung vor allem junger Menschen nach mehr Demokratie wurde in den 1960er und 1970er Jahren vermehrt Kritik an den bestehenden Verhältnissen laut.

Aufbruch und Kritik

Proteste gab es gegen die Notstandsgesetze, den Vietnam-Krieg, den Abbau demokratischer Rechte, die Hetze der Springer-Medien (Bild-Zeitung), gegen Aufrüstung und Atomkraft.

Demonstrationen für Entspannung und Völkerverständigung, Streiks und Kampffaktionen in Betrieben und dem öffentlichen Dienst führten zu einem demokratischen Aufbruch und Kritik an der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik.

„Die 1968er“ hinterfragten auch den Umgang mit dem Thema Faschismus. Dies und die Öffnung der VVN von einer Mitgliederorganisation der Nazi-verfolgten und Widerstandskämpfer*innen zum VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten auf dem Bundeskongress 1972 in Oberhausen trugen wesentlich zur Stärkung des antifaschistischen Kampfes bei.

Auch für die Aufarbeitung des Faschismus und des Widerstandes wurden viele Beiträge geleistet.

Staatliche Repression war die Antwort auf das Aufbegehren auf der Straße und in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Berufsverbote, die verstärkte Tätigkeit der Geheimdienste und der Abbau von sozialen und demokratischen Rechten waren dessen Auswirkungen.

Die Profitorientierung der wirtschaftlichen Eliten und die Politik der Sozialpartnerschaft, die die Gewerkschaften in das Wirtschaftssystem einband, ließ die Bundesrepublik zur Top-Wirtschaftsmacht in Europa und zum „Export-Weltmeister“ werden.

Beschleunigter Sozialabbau und Abwälzung der Krisenlasten

Der Sozialabbau und die Abwälzung der Krisenlasten wurden nach der Wende und Wiedervereinigung noch beschleunigt. Armut wurde wieder - jetzt staatlich angeordnet - zum Bestandteil des Alltags. Mit dem Abbau des Sozialstaates wurde die alte Neid-Debatte neu belebt.

Flüchtlinge, Migrant_innen wurden von bürgerlichen Politiker_innen und Medien und der Mitte der Gesellschaft sowie den erstarkten Neofaschisten als Ursache des wirtschaftlichen Niedergangs ausgegeben. Rassistische Morde und Hetze häuften sich, während die großen Medien sie verschwiegen oder vertuschten.

Abbau der Grundrechte für Asylsuchende

Die Asyldebatte Anfang der 90er Jahre gab den Anstoß zum Abbau der Grundrechte für Asylsuchende. Alarmierend sind heute so genannte „breite Protestbewegungen“ in der Nähe von Asylbewerberunterkünften - auch in Nordrhein-Westfalen.

Der derzeitige Rassismus nährt sich auch aus dem Wirken eines SPD-Sarrazins und anderer (z.B. AfD, Pro NRW). Zum Antisemitismus kam Anti-Islamismus, aber auch der wachsende Anti-Ziganismus hinzu. Die Mordserie des NSU war deshalb kein Betriebsunfall der Geschichte. Und die zahlreichen Brandstiftungen gegen „Fremde“ auch nicht.

Der Nazi-Terror und die Morde der vergangenen Jahrzehnte

Die Morde und Anschläge des NSU sind in Nordrhein-Westfalen nicht aufgearbeitet worden. Sie waren nur möglich, weil Teile des Staatsapparats - langer Tradition folgend - dabei mitgewirkt haben. Neonazi-Gruppen konnten sich gerade auch deshalb so entwickeln, weil sie sich auf einen manifesten staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus stützen konnten und können.

Der Umgang von Teilen der so genannten „Mitte der Gesellschaft“ mit den Rechten ist davon geprägt, dass sie seit Jahren zu viele gemeinsame inhaltliche Schnittmengen mit den Nazis haben, um diese wirklich zu bekämpfen.

Militarisierung der Gesellschaft stoppen!

Krieg ist wieder Mittel der Politik, egal in welcher Koalitionsfarbe! Weltweit soll Deutschland mehr militärische Verantwortung übernehmen. Die Bundeswehr darf sogar mit Kriegswaffen im Inneren kämpfen und wirbt ihren Nachwuchs in Schulen, Hochschulen, Arbeitsagenturen und auf Berufsbildungsmessen. Die Tendenz zum Staat im Staat vergrößert sich, Militarismus ist weiterhin salonfähig.

Reservistentruppe für nationalen Einsatz

Der Aufbau des „RSU (Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte)“, eines „Heimatschutzes“, einer neuen Reservistentruppe, zeigt, in welche Richtung die Ausrichtung der Bundeswehr zielt:

Die neue Reservistentruppe ist für den nationalen Einsatz ausgebildet. Sie soll im Bedarfsfall auch gegen Streikende eingesetzt werden können. Reservistenverbände fördern Militarismus.

- ▼ Die VVN-BdA fordert die Auflösung der Reservistentruppe „Heimatschutz“.



Antidemokratischer Krisenausweg muss verhindert werden

Ein antidemokratischer Krisenausweg muss verhindert werden. Daher ist es notwendig, den Kampf gegen Rechts mit dem für soziale und politische Forderungen z.B. von Gewerkschaften und Migrant*innenorganisationen sowie mit denen der Friedensbewegung zu verbinden.

Das bedeutet unter anderem das Eintreten:

- ▼ gegen Aufweichung der Tarifhoheit,
- ▼ für politisches Streikrecht,
- ▼ für das Verbot prekärer Arbeitsverhältnisse und von Leiharbeit,
- ▼ für gleiche Rechte für alle,
- ▼ Durchsetzung der im Grundgesetz versprochenen Gleichberechtigung der Frau auch in religiös geprägten Gemeinschaften,
- ▼ Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Krise der Demokratie

Fast alle Politikerinnen und Politiker entscheiden zunehmend nach den Interessen der Banken und der Finanz- und Wirtschaftseliten. Diese ergreifen immer rücksichtsloser direkt das Kommando in den politischen Institutionen, auch mittels illegitimer EU-Weisungen. So hat sich eine Krise der Demokratie entwickelt. Demokratische Grundrechte werden zugunsten eines staatlichen „Supergrundrechts auf Sicherheit“ in einem Überwachungsstaat in Frage gestellt.

Die derzeitigen Landtagsfraktionen in Nordrhein-Westfalen haben ihre parlamentarischen Mehrheiten kaum genutzt, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Die Parlamentarier in Nordrhein-Westfalen zeigen keine Bestrebungen zu einem demokratischen Ausweg aus der Krise.

Überwachung und Spionage hebeln Bürgerrechte aus

Durch die Veröffentlichung von als Top Secret gekennzeichneten Dokumenten der National Security Agency (NSA) durch die Medien wurden bis dahin der Öffentlichkeit noch nicht bekannte US-amerikanische Programme zur Überwachung der weltweiten Internetkommunikation enthüllt. Bis heute wurde aus unserem Land kein ernst zu nehmender Protest der Regierenden gegen diese Methoden bekannt.

Im Gegenteil:

Deutsche Geheimdienste bedienen sich der von der NSA ausspionierten Ergebnisse. Bundes- und Landesregierung machen sich deshalb zum Komplizen dieser US-Praktiken und betreiben mit diesen auch hier den Überwachungsstaat. Grundrechte und Bürgerrechte werden massiv beeinträchtigt.

Den Verfassungsschutz auflösen und die V-Leute abschaffen

Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es mehr Demokratieabbau, mehr Überwachungsstaat, mehr Unwesen der Nazis und des Militarismus. Statt das Wirken der Terrorbande NSU in unserem Bundesland aufzuklären und den Verfassungsschutz aufzulösen, wurde

das V-Leuteunwesen beibehalten und ein neues Verfassungsschutzgesetz beschlossen.

- ▼ Der Verfassungsschutz gehört abgeschafft.

Nazis sind für die Eliten des Kapitals nützlich

Die staatliche Teilfinanzierung (früher: Wahlkampfkostenerstattung) deckt einen beachtlichen Teil der Gesamtkosten der Parteien. Anders als vor 1933 sind deshalb rechte Parteien heute nicht mehr ausschließlich auf Finanzmittel des Kapitals angewiesen, solange sie Staatsgelder durch Wahlen erhalten.

Nazis sind für die Eliten des Kapitals nützlich, um zum Beispiel die Konzentration auf die sozialen und demokratischen Kämpfe sowie Friedensaktionen zu behindern.

Der Kampf gegen Rechts ist eng verbunden mit dem Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten und die damit einhergehende Perspektivlosigkeit insbesondere der jungen Generationen.

Gewerkschaften und die Friedensbewegung mit ihren sozialen und politischen Forderungen sind daher wichtige Verbündete, um gegen Krisenfolgen und Kriege und deren Verursacher zu kämpfen.



Demokratie und Antifaschismus verwirklichen!

Recht auf Arbeit statt Missbrauch wirtschaftlicher Macht

Es ist Verfassungsauftrag:

Löhne, Einkommen und Alterssicherungen müssen ein menschenwürdiges Leben gewährleisten. Artikel 27 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen ist anzuwenden und sollte eigentlich regeln, was beim Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu tun ist. Er stellt eine Schlussfolgerung aus den Entwicklungen von 1933 bis 1945 dar.

Artikel 27:

„Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“

- ▼ Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.
- ▼ Auf der Grundlage dieses Artikels müssen Betriebe wie z.B. Thyssen-Krupp oder Rheinmetall vergesellschaftet und damit ihr mörderisches Wirken beendet werden.
- ▼ Gegen Erwerbslosigkeit, kommunale Verschuldung, Bildungsnotstand und Begünstigung des Bankkapitals muss die Landesverfassung Richtschnur sein.
- ▼ Die Politik des Vorrangs „Privat vor Staat, Profit vor Mensch“ muss beendet werden.
- ▼ Ein Mindestlohn, der Menschen ohne zusätzliche Transferleistungen leben lässt und eine ausreichende Alterssicherung ermöglicht, ist Verfassungsauftrag.
- ▼ Das Recht auf Arbeit muss endlich als Menschenrecht verstanden und verwirklicht werden.

Artikel 24 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen bietet dazu eine Handhabe:

Artikel 24:

„Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit. Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familien decken. Für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht Anspruch auf gleichen Lohn, das gilt auch für Frauen und Jugendliche.“

Politikverdrossenheit und das Gefühl des „Ausgeliefertseins in die Situation“ könnte durch die Verwirklichung des Artikels 26 der Landesverfassung behoben werden: In ihm „wird das Recht der Arbeitnehmer auf gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung anerkannt und gewährleistet“.

Artikel 26:

„Entsprechend der gemeinsamen Verantwortung und Leistung der Unternehmer und Arbeitnehmer für die Wirtschaft wird das Recht der Arbeitnehmer auf gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung anerkannt und gewährleistet.“

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Die VVN begrüßt das 2012 endlich ausgesprochene Verbot sog. „freier“ und „nationaler“ Kameradschaften. Gleichzeitig fordert die VVN-BdA Nordrhein-Westfalen, die Partei „Die Rechte“ als Nachfolgeorganisation der verbotenen Kameradschaften ebenfalls zu verbieten.

Anfang 2017 hat das Bundesverfassungsgericht den Verbotsantrag für die NPD abgelehnt. Die Richter bescheinigten der NPD zwar ihre „Wesensverwandtschaft“ mit dem Nationalsozialismus. Die NPD sei jedoch nicht stark genug, um gefährlich zu werden. Ein Verbot könne erst erfolgen, wenn sie in der Lage sei, ihre Ziele durchzusetzen, mehr als nur wenige Andersdenkende „einzuschüchtern“ und an der Ausübung demokratischer Rechte zu hindern.

Abgesehen davon, dass voraussichtlich ein Verbot nicht mehr möglich ist, wenn eine faschistische Partei eine größere Wählerschaft versammelt, hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil erstmals nach 1945 faktisch eine Nachfolgeorganisation des Hitlerfaschismus erlaubt.

Die AfD und besonders der offen neonazistische Flügel kann schlussfolgern, dass, wenn schon die NPD mit ihrer „Wesensverwandtschaft“ zum NS-Regime nicht kriminalisiert wird, sie



selbst noch einmal erheblich an Rassismus und Nationalismus zulegen darf, ohne juristische Risiken einzugehen.

Es bleibt dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Die VVN-BdA fordert entsprechend dem Artikel 139 Grundgesetz das Verbot der neofaschistischen NPD sowie aller anderen faschistischen und rassistischen Parteien. Für die Aberkennung des erschlichenen Parteienstatus der „Rechten“.

Diese Forderung ist auch in der Landesverfassung, Artikel 32 verankert:

Artikel 32:

„Vereinigungen und Personen, die es unternehmen, die staatsbürgerlichen Freiheiten zu unterdrücken oder gegen Volk, Land oder Verfassung Gewalt anzuwenden, dürfen sich an Wahlen und Abstimmungen nicht beteiligen“.

Artikel 32 weiter:

„Die Entscheidung darüber, ob diese Voraussetzungen vorliegen, trifft auf Antrag der Landesregierung oder von mindestens fünfzig Abgeordneten des Landtags der Verfassungsgerichtshof“.

Antifaschismus - kommunal und im Land

Die Darstellung der Ursachen von Faschismus, des örtlichen und regionalen Widerstandes gegen das Nazi-Regime und die Durchsetzung wir-

kungsvoller Positionen des Antifaschismus und der Friedenserziehung ist in den Kommunen dringend geboten.

Gleiches gilt für das Landesparlament und die Landesregierung. Die VVN-BdA legt dazu mit diesen Eckpunkten ihre Vorschläge vor. Sie fordert die Politikerinnen und Politiker auf, diese Vorschläge in der Praxis anzuwenden.

Antifaschistischer Protest gegen Nazi-aufmärsche und -aktionen wird immer noch kriminalisiert, auch wenn von den demonstrierenden Demokraten dabei keine Gewalt ausgeht.

Die VVN-BdA fordert:

- ▼ Die Verfolgung von Antifaschisten ist zu beenden, bisher Verfolgte sind zu entschädigen.

Abschiebep Praxis beenden. Refugees welcome!

Uneingeschränktes Asylrecht ist wieder herzustellen. Die auch in Nordrhein-Westfalen übliche Abschiebep Praxis muss beendet werden.

Besonders die Situation der ständig von Abschiebung bedrohten Sinti und Roma ist zu verbessern. Ihnen ist wegen der herrschenden Verfolgung in ihren Heimatländern Bleiberecht zu gewähren. Nordrhein-Westfalen muss insgesamt mehr Flüchtlinge aufnehmen. Die ist eine Verpflichtung in Folge der Nazi-Verfolgung.

Frieden schaffen!

Erziehung zu Frieden und Völkerverständigung

Artikel 7 der Landesverfassung verlangt die Erziehung „zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung“. Deshalb:

- ▼ Kein Werben für's Töten und Sterben!

Der Kooperationsvertrag der Landesregierung mit der Bundeswehr muss gekündigt werden. Die Bundeswehr soll auch nicht in Hochschulen, Schulen, Arbeitsagenturen, Ausbildungsmessen und Jobcentern werben dürfen. Forschung an Hochschulen zu Rüstungszwecken ist zu verbieten, Zivilklauseln an allen Bildungseinrichtungen verbindlich einzuführen.

Nordrhein-Westfalen ohne Militär

Die SPD / Grünen-Landesregierung setzt die Politik der Militarisierung in Nordrhein-Westfalen fort. Sie bittet um die Erhaltung der Truppenstärke, ja sogar sie aufzustocken. Sie beteiligt sich an militärischen Spektakeln und dem Aufbau einer Reservistenarmee im Innern des Landes.

Wir fordern die Landesregierung auf, Programme zur Rüstungskonversion zu entwickeln, statt diese Politik fortzusetzen.

Auch in Nordrhein-Westfalen wird die Militarisierung fortgesetzt. Nordrhein-Westfalen ist längst zu einem Zentrum militärischer Kommandos ausgebaut worden. Das Streitkräfte-Unterstützungs-Kommando Köln und das Bundesministerium für Verteidigung mit seinem Sitz in Bonn organisieren die Auslands-Einsätze Deutschlands auf den Kriegsschauplätzen der Welt und ebenso die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) im Inland.

In Kalkar am Niederrhein ist ein Luftkampfkommando stationiert, um den Krieg weltweit per Joystick zu führen. Kalkar dient auch als Relaisstation für den Einsatz von Kampfdrohnen der US-Armee. Nordrhein-Westfalen ist mitverantwortlich für den Einsatz dieser mörderischen Waffen. Die Landesregierung soll im Bundesrat in Erfüllung des Artikel 87aGG gegen alle Auslandseinsätze stimmen.



Aktivitäten der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen

Bündnispolitik

- ▼ Die VVN-BdA beteiligt sich an breiten Bündnissen. Alle, die Neofaschisten und Rassisten bekämpfen, sind als Bündnispartnerinnen und -partner willkommen.
- ▼ Sie wendet sich gegen Ausgrenzungen z.B. autonomer Gruppen oder Gruppierungen.
- ▼ Sie lehnt die Extremismus-Doktrin ab.
- ▼ Sie strebt eine intensivere Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung und Jugend- und Migrantenorganisationen an.
- ▼ Sie arbeitet in antimilitaristischen Bündnissen mit und stellt die Verbindung von Antifaschismus und Antimilitarismus her.
- ▼ Sie initiiert und beteiligt sich an Aktionen wie „Bundeswehr raus aus Schulen und Rathäusern“.
- ▼ Sie nimmt an den Ostermärschen und an weiteren Protesten gegen Militäreinrichtungen teil.
- ▼ Sie unterstützt das Programm „Schulen ohne Rassismus“.
- ▼ Sie unterstützt auf lokaler Ebene Aktionstage, Initiativen, Konzerte o.ä. gegen Neofaschismus, Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und Antisemitismus.

Aktion „Stolpersteine“

Die VVN-BdA Nordrhein-Westfalen unterstützt die Aktion „Stolpersteine“ zur Erinnerung und Mahnung an die Opfer des Faschismus und der ermordeten Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer.

Mitsprache in der Gedenkstätten-Arbeit

Die Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen sollten weiterhin den Opfern und Hinterbliebenen des Faschismus die Mitsprache und Mitwirkung ermöglichen. Die Umwandlung von Gedenkstätten zu allgemeinen Museen oder Ausstellungen ohne Nennung der Täter und des Widerstandes und unter Ausblendung des Gedankens der Mahnung und des 'Nie wieder!' muss beendet werden.

Spurensuche. Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945

Die VVN-BdA Nordrhein-Westfalen hat die Aktion Spurensuche „Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945“ ins Leben gerufen. Mit ihrer vielfältigen Erinnerungsarbeit vor Ort setzt sie sich dafür ein, dass die klammheimliche Beseitigung von Darstellungen der Verbindungen ökonomischer Eliten und des damaligen Konservatismus beim Aufstieg und der Etablierung des Faschismus verhindert wird.

Die VVN-BdA will, dass das Tabu der Darstellung von Verbindungen zwischen Faschismus und ökonomischen Eliten durchbrochen wird. Sie setzt sich ein für die Schaffung von Mahntafeln an den Tatorten der Wirtschaft von 1933 bis 1945.

„Kinder des Widerstandes“

Heute muss auf die Zeitzeugengeneration leider fast ganz verzichtet werden. Die VVN-BdA Nordrhein-Westfalen ruft deshalb Angehörige und Hinterbliebene wie auch Antifaschistinnen und Antifaschisten der nachfolgenden Generationen dazu auf, ihren Auftrag der Erinnerung und Mahnung zu übernehmen. Sie unterstützt die Gruppen „Kinder des Widerstandes“.

- ▼ Für die Entschädigung vergessener Opfer. Dazu zählen auch die als „Asozial“ diffamierten.

Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges

Die VVN-BdA Nordrhein-Westfalen unterstützt die Bestrebungen zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges. Unter den politischen Häftlingen der Nachkriegszeit waren und sind auch zahlreiche Mitglieder der VVN-BdA. Auch die Opfer der Berufsverbote sind zu entschädigen.



Gedenktage

Die VVN-Kreisverbände sind aktiv bei den Aktionen zu Gedenktagen wie zum Beispiel:

- ▼ dem Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg am 8. Mai,
- ▼ dem Antikriegstag am 1. September,
- ▼ dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus am zweiten Sonntag im September,
- ▼ dem 1. Mai
- ▼ dem Tag der Befreiung der Opfer des Faschismus am 27. Januar (Auschwitz wurde von der Roten Armee befreit)

und an allen übrigen Gedenktagen. Sie weisen mit eigenen Initiativen auf ihre antifaschistische Aktivität hin.

Reichspogromnacht

Ein besonderer Gedenktag deutscher Geschichte ist der 9. November, an dem in vielfältiger Weise an die Verbrechen des Faschismus in der Reichspogromnacht von 1938 erinnert wird.

Aufarbeitung der Geschichte Nordrhein-Westfalens

Eine weitere Aufarbeitung der Geschichte des Naziregimes in Rheinland und Westfalen ist überfällig und notwendig. Die historische Aufarbeitung des Kalten Krieges und seiner Auswirkungen in Nordrhein-Westfalen ist bisher ebenso wenig dargestellt wie die Zeit der Berufsverbote.

Es fehlt eine Analyse rechter Strukturen in Nordrhein-Westfalen. Die VVN-BdA fordert Landes- und Bundespolitiker_innen dazu auf, den Landes- und Bundesbehörden regelmäßig Anfragen zu Straftaten durch Neofaschisten zu stellen.

Die VVN-BdA Nordrhein-Westfalen unterstützt das Programm „Schulen ohne Rassismus“. In die Lehrpläne der Schulen gehören außerdem verbindlich die Geschichte des Faschismus und Antifaschismus und antifaschistische Stadtrundgänge und der Besuch antifaschistischer Gedenkstätten.

Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen • Sitz Düsseldorf • Landesgeschäftsstelle: Gathe 55 • 42107 Wuppertal
Landessprecher_in: Falk Mikosch • Silvia Rölle • Jochen Vogler
Telefon (0202) 450629 • Fax (0202) 2549836 • E-Mail nrw@vvn-bda.de • www.nrw.vvn-bda.de
Bankverbindung: IBAN: DE03 3601 0043 0028 2124 35 • Postbank Essen (BIC: PBNKDEFF)
Anerkannt vom Finanzamt Wuppertal-Elberfeld als gemeinnützige steuerbegünstigte Körperschaft VR 3441
Mitglied der FIR (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten)

